

SOLLTEN DEUTSCHE ISRAEL-FREUNDE JERUSALEM ÖFFENTLICH KRITISIEREN?

Keine falsche Scheu

Unter uns

PRO

VON BERNHARD KRANE

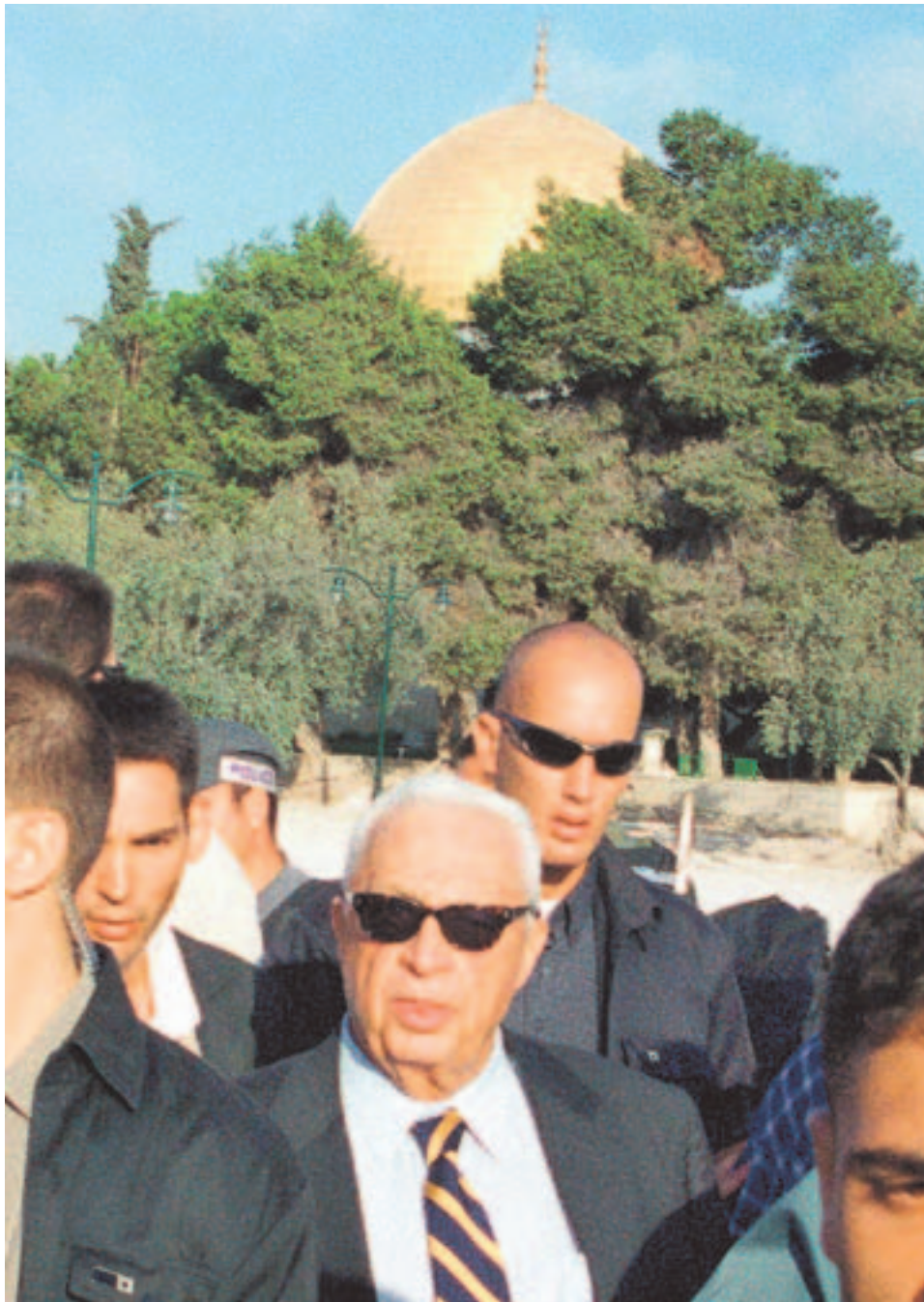
Leider ist die Zahl engagierter Freunde und Anhänger Israels in guten und erst recht in schlechten Zeiten viel zu klein, als daß auf die gedankliche und praktische Mitarbeit kritischer Köpfe verzichtet werden könnte. Wenn eine Organisation wie die *Deutsch-Israelische Gesellschaft (DIG)* politische und menschliche Solidarität mit Israel proklamiert, richtet sie sich an Staat und Gesellschaft in ihrer Gesamtheit. Israel ist eine starke und lebendige Demokratie (jedenfalls in den Grenzen von 1967), die durch intensive Debatten und Konflikte charakterisiert wird. Wer sich nicht nur akademisch, sondern konkret darauf einläßt, wird schnell ein Teil davon und entsprechend geprägt. Die faszinierende, bisweilen kaum zu verkraftende Buntheit und die Widersprüchlichkeit der israelischen Gesellschaft spiegelt sich auch in Mitgliedschaft und Programmvielfalt der DIG wider.

Im Rahmen unbedingter, nicht durch ein Adjektiv wie „kritisch“ relativierter und auch nicht an eine bestimmte Regierungspolitik geknüpfter Solidarität sollte es normal sein, selbst in der öffentlichen Auseinandersetzung mit Israel die Regierungspolitik zu untersuchen, zu hinterfragen und kontrovers zu diskutieren. Den jeweiligen israelischen Ministerpräsidenten zu kritisieren, sogar abzulehnen, ist kein Privileg der Feinde Israels, sondern vornehmlich gutes Recht seiner Freunde. Vorausgesetzt, es geschieht mit Differenziertheit und Takt, nach sorgfältiger Information, im Bewußtsein deutscher und christlicher Schuld gegenüber dem jüdischen Volk und mit reflektierter Terminologie.

Je nach politischer Orientierung, persönlichem Temperament und aktuellem Wissensstand wird Kritik an der Regierung unter Israelfreunden nicht anders als in der israelischen Öffentlichkeit selbst in Ton und Gewichtung sehr unterschiedlich und sogar widersprüchlich ausfallen. In bezug auf Ministerpräsident Scharon zum Beispiel werden völlig unterschiedliche Aspekte seiner Politik kritisiert, was insgesamt ein differenziertes Bild ergibt. Scharon gilt gleichzeitig als brutal und als lasch gegenüber den aufständischen Palästinensern, freundlich und feindlich zu den Ultrareligiösen, gehemmt und unbarmherzig bei Kürzungen im Sozialhaushalt, verböhrt ideologisch und prinzipienlos pragmatisch in bezug auf Bau und Räumung von Siedlungen, schnell und langsam beim Bau des Sicherheitszauns.



BERNHARD KRANE
ist Vorstandsmitglied der
Deutsch-Israelischen
Gesellschaft in Berlin



Kritikwürdig? Ariel Scharon bei seinem Tempelberg-Besuch im Jahr 2000 Foto: picture-alliance

Wenn Israel-Freunde in Deutschland positiv wirken und ihren Einfluß vergrößern wollen, brauchen sie in ihren Organisationen eine innen und außen deutlich wahrnehmbare Gesprächs- und Streitkultur, in der verschiedene Argumente und Positionen gemeinsam ausgetauscht, relativiert, weiter entwickelt und notfalls auch nebeneinander stehengelassen werden können. Eine offene und selbstbewußte Debatte über hochgradig kontroverse und emotional besetzte Themen schwächt zwar das Image einer stromlinienförmig angepaßten homogenen „Einheitsfront für Israel“, hilft aber bei der Entwicklung eigener Kompetenzen und stärkt die Glaubwürdigkeit einer deutsch-israelischen Freundschaftsgesellschaft in den Augen von Informationssuchenden, Zweifelnden, Ratlosen und (noch) Israel-Distanzierten.

Große Teile der Israelis und der Israel-Freunde fühlen sich durch zunehmenden globalen Antisemitismus und weltweite Kritik an israelischer Politik in die Enge getrieben, angegriffen und allein gelassen. In

einer solchen von Unsicherheit und Abwehrreflexen geprägten Stimmung wird man bisweilen unfähig, Freund und Feind zu unterscheiden, und verbittet sich selbst von Israelfreunden jede öffentliche Kritik.

Bereits Ende der siebziger Jahre hat die DIG intensiv über mögliche öffentliche Kritik an der israelischen Regierungspolitik gestritten. Damals war die Organisation nicht in der Lage, profilierte Kritiker zu tolerieren und in die Arbeit einzubinden, und zahlte einen hohen Preis dafür. Eine Reihe vor allem junger Mitglieder spaltete sich ab und gründete den *Deutsch-Israelischen Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten*.

Liebe zu Israel und mit Land und Leuten verbundene Lebensgeschichten bleiben unsere treibende Kräfte des Engagements für Israel. Dabei ist reichlich Platz für unterschiedliche politische Positionen. Nicht weniger Platz jedenfalls als in der israelischen Gesellschaft selbst. Und die ist vielfältiger und streitlustiger als eingeschworene Israelunterstützer bisweilen wahrnehmen können oder wahrhaben wollen.

Innenpolitischer Druck, der das A und O einer jeden intakten Demokratie darstellt und der bitter notwendig ist, wenn man bedenkt, mit welcher einfacher, fast kindlicher Logik die einzig verbleibende Weltmacht USA die Staaten der Erde in gut und böse unterteilt und die Europäer dazu aufruft, ihr blind zu folgen. Ein zuweilen autistisch anmutender Weg, der dem Terror neuen ideologischen Nährboden bereitet, anstatt ihm das Wasser abzugraben.

Rasmus Ph. Helt, Hamburg

Nicht theologisch?

Jael Botsch-Fitterling: „Unkenntnis überwinden“, Jonathan Rosenblum: „Gefährliche Nähe“ (Pro und Contra zum Thema „Macht der christlich-jüdische Dialog Sinn?“), *Jüdische Allgemeine* vom 4. März

Um wirklich unterschiedliche Meinungen darzustellen, hätten Sie den Begriff jüdisch-christlicher Dialog näher konkretisieren beziehungsweise definieren sollen. So hielt Frau Botsch-Fitterling diesen Dialog für notwendig, aber grenzte ihn eindeutig von einem theologischen Dialog ab. Vielmehr verstand sie ein Kennenlernen der Religionen untereinander im Sinne von Kennnisvermittlung und Verständnis darunter, wohingegen sich ihr Kontrahent ausschließlich gegen einen theologischen

Dialog wandte und für freundschaftliche Beziehungen am Ende sogar Beispiele brachte. Daß ein theologischer Dialog zwischen den Religionen schier aussichtslos ist, zeigen schon die Schwierigkeiten der innerchristlichen Ökumene. Jedoch besteht auch keine Notwendigkeit für einen theologischen Dialog, der eine Konfession zu Zugeständnissen zwingen sollte. Wer sich jedoch ernsthaft gegen ein Kennenlernen oder die gegenseitige Vermittlung von Wissen zur Erzeugung von Verständnis wehrt, isoliert sich und leistet der Entstehung von Konflikten aller Art unnötig Vorschub. Hätten Sie einen Vertreter dieser Ansicht gefunden, wäre der Beitrag in der Kategorie Pro/Contra richtig gewesen. So haben die beiden aneinander vorbeigeschrieben. Benjamin Klein, per eMail

Ich muß gestehen, daß mich beide Argumentationen nicht überzeugten und der Sache nicht gerecht wurden. Hier die Feststellung, daß der christlich-jüdische Dialog nicht unter Theologen stattfindet und dort, daß er sinnlos, gefährlich und überflüssig sei. Immerhin billigt Frau Botsch-Fitterling dem Dialog zu, daß er Menschen unterschiedlicher religiöser Auffassung zum Gespräch zusammenführt und er das Ziel hat, die Unterschiede bewußt zu machen

CONTRA

VON MAYA ZEHDEN

Das Lager der Israel-Kritiker in Deutschland ist gewaltig. Es reicht von der extremen Linken über den linken Rand der Mitte zum rechten Rand der Mitte und setzt sich in der „Palästina-Frage“ bis zur extremen Rechten fort. In der Mitte tummeln sich dazu noch die Liebhaber der Ausgewogenheit, die stets von Israel etwas fordern, ohne dasselbe von den Palästinensern zu verlangen. Ganz so, als stünden diese unter Kritikschild. Solche Ausgewogenheit ist eine Folge der unsäglichen Äquidistanz-Theorie, nach der zwischen Deutschland und Israel der gleiche politische Abstand zu herrschen habe wie zwischen Deutschland und den Palästinensern. Wer dieser Theorie folgt, verkennt die Zwänge der an westlichen Werten orientierten Gestalt Israels gegenüber dem autokratisch und willkürlich geführten Palästinenserregime Arafats auf der anderen Seite.

Und wie gerecht ist diese Doppelkritik erst zahlenmäßig verteilt? Wenn für die Rechte der Palästinenser demonstriert wird, versammeln sich, wie in Berlin vor zwei Jahren, zehntausend Teilnehmer. Allenfalls tausend versammeln sich, wenn es um die Rechte Israels geht.

Der Israelkritik hierzulande ist so viel, daß nicht ausgerechnet die Freunde Israels in diesen Chor – zumindest öffentlich – noch mit einfallen müssen. Man muß nicht verschweigen, wenn man der Scharon-Regierung etwa eine verfehlte Wirtschaftspolitik anlastet, wenn man glaubt, daß die israelischen Araber ungleich behandelt werden oder daß Israel immer unsozialer wird. Aber sind deutsche Israelfreunde je gebeten worden, sich zu diesen Themen zu äußern?

Nein. Denn um Israel geht es gar nicht. Statt dessen wird zum Einstieg in die Nahostdiskussion erst mal die Floskel verlangt: „Auch ich bin gegen Scharons harte Politik.“ Wenn man Pech hat, ist der Gedankenaustausch aus Sicht der Gegenseite bereits mit diesem erhofften Zugeständnis als siegreich beendet angesehen worden. Haben Sie schon mal die Floskel von Palästina-Freunden gehört: „Auch ich bin gegen das doppelte Spiel von Arafat.“?

Wer die Pose des ewigen Mitleids für die Palästinenser einnimmt, sollte nicht übersehen, daß sich die Palästinenser seit ihrer Volkszählung in den sechziger Jahren als Opfer empfinden, aber nie begriffen haben, daß, wer etwas bekommen möchte, auch etwas dafür tun muß. Daß Frieden auch im eigenen Lager erarbeitet werden muß und daß zur Staatsgründung auch ein entsprechendes Leistungsethos gehört. Das mangelnde Friedenskonzept auf palästinensischer Seite, dies ist mehr als nur eine gängige These, hat den Osloer Friedensprozeß aufgehalten, wenn nicht zerstört. Arafat hat es – aus Angst vor uferlosen Konsequenzen? – vermieden, sein

Volk auf den komplizierten Pfad zum Frieden vorzubereiten. Die Intifada ist für ihn der bequemere Weg.

Wer die Zeit nach Oslo betrachtet, sollte den zivilisatorischen Abstieg der palästinensischen Autonomiegebiete nicht übersehen. Bis Oslo war die Situation in den Autonomie-Gebieten im Vergleich zu anderen arabischen Ländern sehr gut, was Schulen, Universitäten, die Infrastruktur und ökonomische Bedingungen betraf. Das hat sich geändert.

Aber was sind die palästinensischen Forderungen heute, nach drei Jahren Intifada, abgesehen vom Abbau der „Mauer“, die in Wahrheit nur auf zehn ihrer bisher zweihundert Kilometer aus Beton besteht? Ein Ende der Siedlungspolitik – sollte das nicht in Oslo eingeleitet werden? Ein eigener Staat – war Oslo dazu nicht die Vorstufe? Das Rückkehrrecht aller Palästinenser – das allerdings wird nie Teil eines Friedensvertrags werden. Der jüdische Staat würde damit seinen Untergang besiegeln.

Oder geht es vielleicht immer noch genau darum, Israel mit in den Abgrund zu reißen? Daß das Land eine verheerende Rezession erleidet, mag die Organisatoren von Terroranschlägen zu verstärkten Anstrengungen verleiten. Um so mehr, als sich nach einer Umfrage vom April 2003 unter 1.201 Palästinensern 65,3 Prozent der Befragten für die Gewalt gegen Israelis aussprachen, 59,9 Prozent Selbstmordattentate für ein angemessenes Mittel hielten, aber nur 15,2 Prozent an den Wert einer friedlichen Regelung glaubten.

Bei allem Verständnis für die Kritik an den Besatzungssünden Israels: Wenn zwei Drittel der Palästinenser für die Fortsetzung der Al-Aksa-Intifada sind – welche Hoffnung soll dann bestehen? Was man von der leidgeplagten palästinensischen Bevölkerung doch erwarten sollte, wäre mindestens Kritik, besser eine Art zivilen Ungehorsams gegen jene, die an diesem Leid schuld sind: Arafats Regierung und die Terrorplaner. Schon dieses Minimum scheint unmöglich.

Israel-Kritik? Ja, im kleinen Kreis, unter Menschen, die sich wirklich auskennen und deren Grundhaltung man unverdächtig findet. Hier kritisieren feste Freunde Israels dessen Politik, so wie sie die Politik der eigenen Regierung kritisieren. Aber es gibt keinerlei Veranlassung, vor einem ohnehin propalästinensischen Publikum auch noch öffentlich in dasselbe Horn zu stoßen. Dem Verdacht, zur „fünften Kolonne“ zu gehören, ist man schließlich ohnehin ausgesetzt. Wären die Palästina-Freunde ebenso kritisch wie die Israel-Freunde – vielleicht wäre der Friedensprozeß heute viel weiter.



MAYA ZEHDEN
ist Vorstandsmitglied der
Deutsch-Israelischen
Gesellschaft in Berlin

Leserbriefe

Zusätzlich Kaninchendraht

Gesa Ederberg: „Getrennte Welten“, *Jüdische Allgemeine* vom 4. März

Auch wenn Ihre Zeitung hier immer eine Woche nach Erscheinen eintrifft, ist und bleibt sie doch interessant. Gesa S. Ederberg spricht mir aus dem Herzen. Waren Sie schon, liebe Damen, in der Synagoge in der Joachimstaler Straße in Berlin? Da sitzt frau nicht nur hinter einem Eisengitter, nein, dieses Gitter muß noch zusätzlich mit Kaninchendraht gesichert werden. Zum Glück darf Mann ja Kaninchen nicht essen, so viel ich weiß. Das hat mich wenigstens nicht um mein Leben bangen lassen.

Gudrun Eussner, Perpignan

Keineswegs ahnungslos

Michael Wolffsohn: „Kontinent der Ahnungslosen“, *Jüdische Allgemeine*, 18. März Das Fallbeispiel Spanien zeigt, daß die europäische Bevölkerung keineswegs unentschlossen und ahnungslos ist. Die Menschen lassen sich nicht, wie etwa in den USA, durch einförmige Medien entpolitizieren, sondern hinterfragen entschlossen und kritisch das Verhalten ihrer Regierung.

Gleich drin

Tobias Kaufmann: „Online ins jüdische Pressearchiv“, *Jüdische Allgemeine*, 18. März Welche Freude! Da schaute ich gerade mal wieder bei der *Jüdischen Allgemeinen* vorbei, und was sah ich? Eine neue Startseite, ein neues Layout! Und ein viel besseres als das alte! Jetzt bin ich sogleich drin in der Zeitung und habe zumindestens das Gefühl, direkt den Überblick zu haben! Also viel Erfolg mit den Änderungen!

Manfred Orberger, Berlin

Ständig interessante Beiträge

Zur „Jüdischen Allgemeinen“ Durch die seit einiger Zeit wöchentlich erscheinende Zeitung, in der ständig interessante Beiträge erscheinen, die alle lesenswert sind, muß ich feststellen, daß ich nach dem zusätzlichen Lesen meiner örtlichen Tageszeitung keine Zeit mehr habe, Bücher zu lesen. Allein jede Titelseite der *Jüdischen Allgemeinen* in den vergangenen Wochen enthielt Artikel und Kommentare mit vielen Details zu jüdischen Themen, die nicht in anderen deutschen Zeitungen zu finden sind. George Teller, Düsseldorf

Leserbriefe sind keine redaktionelle Meinungsäußerung. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor.

Helmut Link, Berlin